

Bildungsbericht? Armutszuzeugnis!

Bildung ist in Deutschland viel zu sehr von der sozialen Herkunft abhängig. Was die Gewerkschaften schon lange kritisieren, steht nun im »Bildungsbericht 2008«.

Einige sammeln Zeugnisse und Diplome, andere sammeln Niederlagen: Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock, im DGB-Vorstand für den Bereich Jugend zuständig, ist gar nicht glücklich mit den Ergebnissen des Bildungsberichtes von Bund und Ländern, der Mitte Juni 2008 in Berlin offiziell die Kultusministerkonferenz (KMK) vorgestellt wurde. Skandalös findet sie, dass die Hälfte der HauptschülerInnen auch 13 Monate nach Ende der Schulzeit noch keine berufliche Ausbildung gefunden hat. Denn laut Bericht landet ein Großteil von ihnen nach Schulende in einer Warteschleife aus unterschiedlichen Nachqualifizierungs- und Überbrückungsmaßnahmen.

Die sind aber weder effizient noch effektiv: Nach 30 Monaten sind immer noch 40 Prozent der Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz. Zum Vergleich: Jeder zweite Realschüler mit mittlerem Abschluss hat be-



Keine Luftnummer: Die DGB-Jugend auf »Berlin 08« (siehe Seite 3)

Foto: Thomas Ziegler

reits drei Monate nach Schulende eine qualifizierte Ausbildungsstelle.

Die Ursachen liegen tief – wie der Blick in andere Bereiche des deutschen Bildungssystems beweist, denen der Bericht auch keine gute Noten ausstellt: Im Jahr 2006 verließen 76.000 junge Menschen ganz ohne Hauptschulabschluss die Schule – 7,9 Prozent des Altersjahrgangs. Vielfach kann der Abschluss zwar nachgeholt werden. Doch im Alter von 18 bis unter 25 Jahren haben immer noch 2,4 Prozent keinen Abschluss und befinden sich auch nicht mehr im Bildungssystem. Dieser Wert hat sich seit 2000 sogar leicht erhöht.

Und: Der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist rückläufig. Zwar haben Staat und Wirtschaft 2006 mit 142,9 Milliarden Euro fast 15 Milliarden Euro mehr für die Bildung ausgegeben als noch 1995. Bezogen auf das BIP sank jedoch der Anteil im gleichen Zeitraum von 6,9 Prozent (1995) auf 6,2 Prozent (2006). Damit liegt Deutschland unter dem Schnitt. Ergebnis: An den Schulen ist jeder zweite Lehrer älter als 50. In den nächsten 15 Jahren wird die Hälfte der heutigen Lehrkräfte in

TIPPS ZUM BERUFSSTART

Deine Rechte

Out now: Die brandneue Broschüre der DGB-Jugend »Deine Rechte in der Ausbildung« – das Nachschlagewerk für Azubis.

Zu bestellen auf: www.dgb-jugend.de/dgb_jugend/broschueren, »Berufschultour«

INHALT

3 thema

Vorsicht, Parteien:
Die DGB-Jugend auf »Berlin 08«

4 ausbildung + beruf

Mangelnde Reife: Dax-Unternehmen und Ausbildung
AEVO: Novellierung auf dem Weg
Petition: BAföG-Empfänger gewinnt

5 projekte

Offensiver Herbst: DGB-Jugend legt Wert auf Qualität
Heiße Phase: Fahrplan »Ausbildung für alle«

6 azubi-ratgeber

Abschlussprüfung: Wie man Azubis vorbereitet

7 bezirke + gewerkschaften

Alltag in Sachsen:
PDM-Trainer gegen Rechts

Pension gehen. Und schon heute fehlen LehrerInnen für Mathematik und Naturwissenschaften.

Nach wie vor verzichten viele junge Menschen auf ein Studium. Die Studienanfängerquote lag 2007 mit knapp 37 Prozent immer noch unter dem Höchststand von 39 Prozent im Jahr 2003. Und ist damit weiterhin deutlich unter der politischen Zielmarke von 40 Prozent.

Der Bericht betont, dass die Gründe dafür in der mangelnden Chancengleichheit von Kindern unterschiedlicher sozialer Herkunft liegen – eine Kerbe, in die die Gewerkschaftsjugend schon lange haut: »In Deutschland ist Lernen ein Problem«, schreibt die DGB-Jugend. »Kinder aus problematischen Familienverhältnissen und aus Migrationsfamilien haben bedeutend schlechtere Bildungschancen als Kinder aus sozial stabilen Haushalten«, sagt DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf.

Um einer weiteren sozialen Polarisierung entgegenzuwirken, müssten gerade Kinder aus bildungsschwächeren Gruppen durch Ausbildung und gezielter Förderung beruflich integriert werden. [S](#)

»Bildung in Deutschland 2008« im Internet: www.bildungsbericht.de

Armutsfest

DGB: Sofortprogramm ■ Der DGB hat die Bundesregierung aufgefordert, ein Sofortprogramm gegen Armut und für soziale Gerechtigkeit aufzulegen. Oberste Priorität: flächendeckende Mindestlöhne von mindestens 7,50 Euro pro Stunde. Weiter fordert der DGB deutlich höhere Investitionen in die Bildung, den Ausbau bezahlbarer Kinderbetreuungsangebote sowie armutsfeste Sozialleistungen.

www.dgb.de

ver.di sauer

Datenspeicherung ■ Die Gewerkschaft ver.di hat Verfassungsbeschwerde gegen die vor einem knappen halben Jahr in Kraft getretene Vorratsdatenspeicherung eingelegt. Das Gesetz beeinträchtigt die vertrauliche interne Kommunikation ihrer Mitglieder in erheblichem Maße. Der mögliche Zugriff auf gewerkschaftsinterne Kommunikation sei ein erheblicher Eingriff in die Freiheits- und Persönlichkeitsrechte. Viele Mitglieder seien mehr und mehr verunsichert, inwieweit sie aufgrund der neuen Regelung mit einer Beobachtung etwa bei der Vorbereitung eines Arbeitskampfes, bei Tarifverhandlungen oder bei ihrer Tätigkeit als Betriebsräte rechnen müssten.

www.verdi.de

Mangelbetrieb

Grafierend ■ Die positive Entwicklung auf dem Ausbildungsstellenmarkt hat auch im Juni 2008 weiter angehalten. Während im Vorjahresmonat nur 62 Ausbildungsplätze für je 100 BewerberInnen verbesserte sich die Quote auf 100:78. Aber Achtung: Der Trend ist vor allem der rapiden Abnahme der bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) gemeldeten BewerberInnen geschuldet (minus 102.500). Das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen liegt in Wirklichkeit unter dem Angebot vom Juni 2005. Die aktuelle betriebliche Ausbildungsplatzlücke (BewerberInnen minus betriebliche Ausbildungsplätze) liegt bei immer noch 145.865.

BewerberInnen: 545.351

Ost: 117.343 / West: 427.831

unvermittelte: 233.822

Ost: 56.123 / West: 177.628

betriebliche Ausbildungsstellen: 399.486

Ost: 64.038 / West: 335.217

unbesetzte Ausbildungsstellen: 145.865

Ost: 31.121 / West: 114.452

Abweichungen der Summen entstehen durch fehlende Zuordnung Ost/West. Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Juni 2008

Gute Lehre

GEW will Qualität ■ Die Bildungsgewerkschaft GEW hat im Juli 2008 eine »Qualitätsoffensive für gute Hochschullehre« verabschiedet. HochschullehrerInnen sollten Kompetenzen in der Lehre systematisch erwerben. Sie müsse zum Dreh- und Angelpunkt von Personalentwicklung und Qualitätsmanagement werden.

Das GEW-Positionspapier »Die Lehre in den Mittelpunkt« im Internet: www.gew.de/GEW_Gute_Lehre_ist_ein_Job_fuer_Profis.html

Hochschulpakt



C. Humme

SPD und Ausbildung ■ Die SPD hat sich für die Wiedereinführung des Schüler-BAföG und für einen Rechtsanspruch auf das Nachholen eines Hauptschulabschlusses ausgesprochen. Um dem absehbaren Mangel an Fachkräften in Deutschland vorzubeugen, müsse jetzt auf allen Ebenen dringend gehandelt werden, so die stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden **Christel Humme** und **Ludwig Stiegler** Ende Juni 2008. Die Sozialdemokraten plädieren auch für einen Hochschulpakt II, um bis 2015 mindestens 200.000 mehr jungen Leuten ein Studium zu ermöglichen. Für beruflich qualifizierte soll der Hochschulzugang deutlich erleichtert werden. Gefordert wird zudem die Abschaffung der Prüfungsgebühren für Azubis. Die DGB-Jugend begrüßt die Pläne.

www.spd.de

Wechsel nötig

Jugendverband Ecosy ■ »Change for Europe – Veränderung für Europa« lautet das Motto, unter dem das Wahlmanifest der Europäischen JungsozialistInnen (ECOSY) zur Europawahl stehen wird. Auf dem diesjährigen Sommercamp der ECOSY vom 25. bis 31. Juli 2008 im französischen Carpentras wird das Wahlmanifest mit über 1.000 Jugendlichen aus ganz Europa diskutiert und am Ende beschlossen.

Infos: www.jusos.de. Das Wahlmanifest kommt auf: socialeurope4everyone.org

Schwieriger Job

Studieren mit Kind ■ 7% der Studierenden in Deutschland haben ein Kind. Sie müssen Studium, Kinderbetreuung und Job unter einen Hut bringen. Eine Sonderauswertung der 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks liefert erstmals umfassende Informationen zum Studienverlauf, zur Kinderbetreuung und zum besonderen Unterstützungs- und Beratungsbedarf der etwa 123.000 Studierenden mit Kind.

www.studentenwerke.de/pdf/Studieren_mit_Kind_Februar_2008.pdf

Studis böse

Gegen Gebühren ■ 70% der deutschen Studierenden haben sich bei der zweiten Gebührenkompass-Umfrage der Universität Hohenheim für eine sofortige Abschaffung der Studiengebühren nach dem Vorbild Hessens ausgesprochen. Zudem herrscht tiefe Unzufriedenheit über die Verwendung der Gelder durch die Universitäten. Mehr als 6.100 Studierende an 54 Universitäten in allen Bundesländern sind befragt worden.

www.gebuehrenkompass.de

Macht sich dünne

Meister-BAföG ■ Auf dem Weg zum Meister haben in Deutschland 2007 weniger HandwerkerInnen und FachschülerInnen eine staatliche Förderung bekommen als im Vorjahr. Die Zahl der EmpfängerInnen des so genannten Meister-BAföG ging nach Angaben des Statistischen Bundesamtes um 1,7% auf 134.000 zurück.

www.destatis.de

Ob's hilft?



B. Zypries

Strafen und Sperren ■ Der Bundestag hat im Juni 2008 das Jugendstrafrecht verschärft und eine nachträgliche Sicherheitsverwahrung eingeführt. Die sei allerdings »immer nur die ultima ratio« – die letzte Ausfahrt –, so Bundesjustizministerin **Brigitte Zypries** (SPD).

Der Bundestag hat außerdem ein »Gesetz zum Schutz Jugendlicher vor sexueller Ausbeutung« beschlossen. Die Neuregelung sieht vor, dass sich Erwachsene strafbar machen, die Jugendliche unter 18 Jahren für sexuelle Kontakte bezahlen.

Gebührenfrei

Kommentar des Monats ■ »Wir fordern eine gebührenfreie Bildung – vom Kindergarten bis zur Promotion.«

Antonia Kühn, Landesjugendsekretärin der DGB-Jugend NRW im Juni 2008 zur Düsseldorf Demo von SchülerInnen und Studierenden gegen das Bezahlstudium.



A. Kühn

Bewerbt euch!

Stellenausschreibung ■ Das DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen sucht eine BildungsreferentIn Europa & Internationales zum 1. Oktober 2008. Aufgaben: Konzeption und Durchführung von Jugendbildungsangeboten. Sehr gute Englischkenntnisse mitbringen!

Bewerbungen bis zum 20. August 2008 an: DGB-Bildungswerk, Personalreferat, Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf



Aktionen und Diskussionen: Das Zelt der DGB-Jugend auf »Berlin 08«

Vorsicht, Parteien

Was Engagement ist, können PolitikerInnen bei jungen Leuten lernen. Die DGB-Jugend auf »Berlin 08«.

Jugendliche trauen politischen Parteien keine Lösungen für die Probleme des Landes zu. Sehr skeptisch stehen Jugendliche zudem Politikern gegenüber.« So hatte der Politik-Experte und Professor an der Universität Bielefeld, Matthias Albert, im Vorfeld von »Berlin 08 – Festival für junge Politik« vom 13. bis zum 15. Juni 2008 im Jugendzentrum Wuhlheide schon mal geurteilt. Die DGB-Jugend wollte das austesten – und war gleich mit mehreren politischen Veranstaltungen vor Ort. Die »Berlin«-Treffen sind die größten Jugendfestivals Deutschlands, sie finden alle drei Jahre statt. Dieses Jahr kamen mehrere tausend junge Leute, für die es über 600 Veranstaltungen gab.

Die DGB-Jugend schlug sich gut. Neben zahlreichen Workshops organisierte sie drei große Podiumsdiskussionen, die vor allem von zahlreichen engagierten JugendgewerkschafterInnen besucht wurden. Die Themen: Jugendpolitik, Berufseinstieg und Grundrecht auf Ausbildung.

Bei »Von wegen unpolitisch!« diskutierten Detlef Raabe vom Deutschen Bundesjugendring (DBJR), Jörg Grünefeld von der ver.di Jugend, Jan Philipp Albrecht (Bundesvorstandssprecher der Grünen Jugend) und Andrea Hoffmeier vom Bund der deutschen katholischen Jugend (BDKJ) mit der Moderatorin Anita Haehnel, ob das vielzitierte Bild der »politischen Verwahrlosung junger Leute« (Shell-Jugendstudie) überhaupt stimmt.

Die Erfahrungen der VerbandssekretärInnen spiegelte dies nicht. Junge Menschen in Verbänden und anderen Organisationen wiesen ein hohes Engagement auf, vor allem, wenn sie konkrete Anknüpfungspunkte fänden.

Dass sich die Distanz zwischen Jugendorganisationen und jungen Leuten nicht ganz von der Hand weisen lässt, darauf wies

Grünefeld hin: Junge Leute kämpften mit Druck und Prekarisierung. Ehrenamt, das kostete Zeit. In den Problemen der Arbeitswelt sah er aber auch eine große Chance gerade für Gewerkschaften.

An der zweiten politischen Runde »Der Berufseinstieg junger Menschen in Deutschland« nahmen Franziska Drohsel (Jusos), Steffi Rabe (ver.di Berlin), Johannes Vogel (Bundessprecher der Jungen Liberalen, JuLis) und DGB-Jugend-Referentin Jessica Heyser teil. Sogar Vogel musste zugeben, dass es beim Schulsystem und Berufseinstieg junger Leute nicht zum Besten steht. Die soziale Durchlässigkeit sei in keinster Weise gegeben, sagte Heyser. Wer welche Eltern habe, entscheide über die Zukunft. Drohsel beharrte auf der Regulierung des Arbeitsmarktes: »Ansonsten werden die sozialen Unterschiede zementiert.« Dem Einwand Vogels, dass sich bei guter konjunktureller Lage das Ausbildungsproblem von selbst erledigen würde, widersprachen alle anderen.

Erwartungsgemäß kontrovers wurde das Thema Umlagefinanzierung – Betriebe, die nicht ausbilden, müssen zahlen – diskutiert. Ebenso erwartungsgemäß brachte Vogel die liberalen Standpunkte zum Thema: Großunternehmen würden sich freikaufen, kleine Betriebe könnten die Ausbildung nicht bezahlen. Drohsel musste berichten, dass die Umlage in der SPD schon lange gefordert werde. Durchzusetzen sei sie aber nicht.


Der Titel des Podiums Nummer drei lautete: »Ausbildung für alle – Wir fordern ein Grundrecht auf Ausbildung«. An ihm sollte das Brandeis Umlage nicht scheitern, so der Diskutant und Bundestagsabgeordnete Christian Carstensen (SPD). Aber in der jetzigen Koalition sei sie – leider, leider – nicht durchsetzbar.

Ganz nachvollziehen konnten das die die mitdiskutierenden Katharina Horn von der Landeschülervertretung Hessen, Kai Nimiczeck (SDAJ – Die Falken) und Marco Frank (DGB-Jugend) nicht. Hessens Schü-

ltervertreter haben mit Unterstützung der Gewerkschaften immerhin über 72.000 Unterschriften für eine Petition in Sachen Ausbildung für alle gesammelt.

Carstensen riet zur Besonnenheit – und verteidigte den Ausbildungsbonus der Bundesregierung. Der, konterte Frank, löse aber doch mitnichten das Problem der AltberwerberInnen – Hunderttausende junge Leute, die seit Jahren keinen Ausbildungsplatz finden.

Nimiczeck verwies auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahr 1980, wonach die Wirtschaft genügend Ausbildungsplätze und sogar mehr bereitzustellen hätte: »Ich finde, jetzt muss auch mal was aus der Politik kommen.«

Von dort heißt es aber seit Jahren: Bitte warten. Katharina Horn konnte ihren Zorn darüber schlecht verbergen. In ihrem Abschlussbeitrag bestätigte sie indirekt das Urteil Albrechts über das skeptische Politikverständnis junger Leute in Deutschland: »Die Politik kann sich ja mal bei uns abschauen, wie Engagement geht.« 

Weitere Berichte über »Berlin 08« auf www.dgb-jugend.de, »Praktikum bei der Jugend«

STIMMEN AUS DEM PUBLIKUM

»Wir brauchen nicht Politik für, sondern von Jugendlichen.«

Martin, DGB-Jugend Bochum

Politiker erzählen uns, die Ausbildungsplatzzahlen seien super. Dann wundern sie sich, dass sich keiner engagieren will.«

Timo, DGB-Jugend NRW

»Politik, das bedeutet für Jugendliche: Leute in Anzügen in irgendwelchen Räumen, die irgendwas bestimmen.«

Maik, ver.di Jugend

Politik hat für mich zuviel mit Religion zu tun. Alles Glaubenssätze.«

Falko, Mitarbeiter eines Kölner Jugendzentrums

»Ich habe lange geglaubt, dass nichts geht mit Politik. Dann ist die Debatte um die Studiengebühren explodiert. Und jetzt hatten wir Erfolg – das ist ein schönes Gefühl. Politik muss cool sein – wie »Berlin 08.«

Sebastian aus Gießen

Mangelnde Ausbildungsreife

Zu faul für die Gesellschaft: Die Dax-Unternehmen kommen ihrer Ausbildungsverpflichtung nicht nach.

Die stärksten deutschen Unternehmen kommen ihrer Verpflichtung für die Ausbildung junger Menschen nicht nach – und das, obwohl die konjunkturelle Entwicklung gut ist und viele Unternehmen und Wirtschaftsverbände über Fachkräftemangel klagen. Das ist das Ergebnis einer Umfrage der Grünen.

Die wollten im dritten Jahr in Folge von den Unternehmen wissen, wie viele Azubis sie haben. Ergebnis: Die durchschnittliche Ausbildungsquote der deutschen Unternehmen, die am höchsten im Deutschen Aktienindex (Dax) notiert sind, beträgt für 2007 gerade einmal 5,2 Prozent. Damit liegen die stärksten Unternehmen Deutschlands bei der Ausbildung deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt von 6,5 Prozent. Nur ein Drittel liegt im oder über dem Durchschnitt.

Im Klartext: Zwei Drittel bilden zu wenig aus. Im Vergleich zum Vorjahr stagniert die Entwicklung sogar: Vergleicht man die Unternehmen, die sowohl 2006 als auch 2007 im Dax vertreten waren und brauch-

bare Angaben gemacht haben, ist keine Änderung der Ausbildungsquote festzustellen.

Die Spannweite der Ergebnisse ist auch 2008 wieder groß: Mit neun Prozent liegt MAN an der Spitze, mit 0,8 Prozent die Hypo Real Estate Holding am Ende. MAN, Allianz, Deutsche Bank und Siemens konnten ihre Quoten steigern. Deutlich abgefallen sind dagegen Metro, Linde und Volkswagen.

»Die stärksten deutschen Unternehmen kommen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nicht nach«, sagt Priska Hinz, Mitglied der Grünen-Fraktion im Bundestag.

Wozu Ausbildung, wenn es auch Aktien gibt: Deutschlands größte Unternehmen werden 2008 so viel Dividenden ausschütten wie nie zuvor.

Die Gewerkschaftsjugend sieht das genauso: »Die Dax-Unternehmen verlassen sich bei der Ausbildung überwiegend auf kleine und mittlere Firmen«, sagt Marco Frank von der DGB-Jugend: »Mit eigenen Anstrengungen halten sie sich zurück. Würden die großen Unternehmen ihrer Ausbildungsverantwortung gerecht, gäbe es keine Krise am Ausbildungsstellenmarkt.« Denn dann würde die Gesamtwirtschaft auf eine Ausbildungsquote von sieben Prozent kommen.

Aber wozu Ausbildung, wenn es auch Aktien gibt: Laut Berechnungen von Experten werden Deutschlands 30 größte Unternehmen 2008 so viel Dividenden an ihre Ak-

tionäre ausschütten wie nie zuvor – insgesamt 28 Milliarden Euro. Das wären 17 Prozent mehr als im Vorjahr.

Nicht ohne Ironie ist dabei, dass die Personalchefs von mehr als 40 Unternehmen, darunter 15 Dax-notierte Konzerne, im Juni 2008 einen Appell an Politik und Hochschulen unterzeichnet haben. Darin wird bemängelt, die neuen Bachelor-Studiengänge an Universitäten und Fachhochschulen hätten bislang nicht zu niedrigeren Abbrecherquoten geführt. Bund und Länder seien nun aufgefordert, den bis 2010 laufenden Hochschulpakt um zehn Jahre zu verlängern. [S](#)

Die Auswertung im Internet: www.dgb-jugend.de/neue_downloads/data/dax-umfrage.pdf

BAFÖG

Semester \neq Semester

Der Petitionsausschuss des Bundestages hat im Juni 2008 eine wichtige Entscheidung für BAFÖG-Empfänger mit Fachrichtungswechsel gefällt: Ein Petent hatte moniert, dass es ungerecht sei, dass er aufgrund von Fachrichtungswechseln keine BAFÖG-Leistungen bis zum Ende der Regelstudienzeit seines neu gewählten Studienfaches erhalte.

Der Hintergrund: Die Fächer hatte er in den ersten drei Semestern seines Studiums gewechselt und in dieser Zeit bewusst noch kein BAFÖG beantragt. Erst als er den aus seiner Sicht richtigen Studiengang gefunden hatte, wandte er sich an das BAFÖG-Amt. Dort wurde ihm mitgeteilt, dass die drei ersten Semester mit den Fachrichtungswechseln von seiner Förderungsdauer abgezogen würden – obwohl er in dieser Zeit kein BAFÖG beantragt hatte.

Das wollte er nicht akzeptieren. Das Bundesbildungsministerium wurde zu dem Fall gehört und wollte den Einwand des Petenten nicht gelten lassen. Unabhängig davon, ob er in der ersten Zeit BAFÖG beantragt habe oder nicht, müssten die Fachrichtungswechsel für die jetzt beantragte Förderung berücksichtigt werden – er könne nicht für die Dauer der Regelstudienzeit seines jetzigen Studienganges gefördert werden.

Dies sahen die Mitglieder des Petitionsausschusses anders. Sie kritisierten, dass es sich nachteilig auswirke, wenn ein Student erst nach der Wahl des für ihn »richtigen« Studienganges BAFÖG beantrage.

Der Ausschuss hat nun empfohlen, die Petition an die Bundesregierung zu überweisen, damit sie bei der künftigen Gesetzgebung in die Erwägungen einbezogen werden kann. [S](#)

Qualität kommt wieder

AEVO: Befreiung endet, Novellierung auf dem Weg.

Es gibt Bewegung bei der Ausbilder-Eignungsverordnung (AEVO): Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) will sie bis zum 1. August 2009 wieder einführen!

Zur Erinnerung: Die Nachweispflicht für die AEVO war vor Jahren außer Kraft gesetzt worden – damals hieß es, damit entstünden neue Ausbildungsplätze. Der Erfolg dieser Strategie hielt sich jedoch schwer in Grenzen.

Ende Mai 2008 hat nun die erste Sachverständigen-Sitzung zur Novellierung der AEVO stattgefunden. Die Befreiung von der Nachweispflicht der AEVO endet am 31. Juli 2009. Bis Ende 2008 muss nun ein Entwurf für eine novellierte AEVO vorliegen. In der

Sitzung hatten die Gewerkschaftsvertreter noch einmal deutlich gemacht, dass die Aussetzung der AEVO ein politisch falsches Signal war. Die Verordnung sei ein Qualitätsgarant für die Berufsausbildung.

Die Gewerkschaften haben ein großes Interesse daran, dass die AEVO nach vorgehender Modernisierung und Erweiterung wieder in Kraft tritt. Auch die Arbeitgeberseite ist mittlerweile wieder der Auffassung, dass Mindeststandards bei der Ausbildung eine qualitätssichernde Wirkung haben. [S](#)

Gerade erschienen: Philipp Ulmer, Peter Jablonka: Die Aussetzung der Ausbilder-Eignungsverordnung (AEVO) und ihre Auswirkung, W. Bertelsmann-Verlag, Bielefeld 2008, 146 S., 29,90 Euro

Offensiver Herbst: Qualität hat Vorfahrt

»Ausbildungsreport 2008«
und die Auswertung des
»DGB-Index«: Die DGB-Jugend
legt Wert auf Gute Ausbildung
und Arbeit.

Die DGB-Jugend wird ihren politischen Schwerpunkt im zweiten Halbjahr 2008 auf die Qualität von Arbeit und Ausbildung legen. Zwei herausragende Ereignisse wird es dazu geben: den »Ausbildungsreport 2008« und die Jugendauswertung des »DGB-Index Gute Arbeit«, der im Juni erschienen ist. Der Ausbildungsreport wird – mittlerweile zum dritten Mal in Folge – im September erscheinen, die Auswertung des DGB-Index im November.

Beim Report, in dem Tausende Fragebögen ausgewertet werden, wird es um Qualitätsindikatoren gehen: Wie sieht es mit Überstunden, Vergütungen und Anleitung bei der Ausbildung aus? Und besonders wichtig: Die Quote der Ausbildungsabbrüche wird genau analysiert.

Der **Ausbildungsreport** bietet über alle Branchen und Bundesländer hinweg eine verlässliche Bewertung der Ausbildungssituation in Deutschland in den vom Bundesinstitut für Berufsbildung ermittelten 25

wichtigsten Berufen. Befragt werden Auszubildende aus allen Ausbildungsjahren und aus Betrieben unterschiedlicher Größe. Auf dieser Basis können konkrete Verbesserungsvorschläge entwickelt werden.

Schon 2007 legten die Ergebnisse nahe, dass die Qualität der Ausbildung zu wünschen übrig lässt. Daraufhin forderten DGB-Jugend und Gewerkschaften die Wiedereinführung der Ausbildereignungsverordnung (AEVO). Und sie hatten Erfolg: Mit Hochdruck arbeitet das Bundesministerium für Forschung und Bildung nun an einer Neuauflage der AEVO (siehe Seite 4).

**In Sachen Qualität
der Arbeit haben es junge
Leute besonders schwer.**

Qualität hat Vorfahrt – das gilt auch für die Jugendauswertung des »DGB-Index Gute Arbeit«. Denn seit der Veröffentlichung der Studie im letzten Jahr steht klipp und klar fest: Junge Leute haben es auf dem Arbeitsmarkt besonders schwer. Die DGB-Jugend will nun wissen: Wie steht es um die Qualität der Arbeit von jungen Beschäftigten? Denn immer mehr von ihnen landen in prekären Arbeitsverhältnissen.

Gerade in einem Alter, in dem womöglich eine Familiengründung ansteht, führen unsichere Arbeitsverträge, niedrige Einkommen und stark wechselnde Arbeitsbelastung häufig dazu, dass junge Menschen

ihre berufliche und auch familiäre Zukunft nur schlecht planen können. Sie brauchen aber eine Perspektive, die darüber hinausgeht, unfreiwillig Vorreiter bei der Flexibilisierung der Arbeitswelt sein.

Aber wer stuft sich als wie prekär ein? Oft nehmen die jungen Beschäftigten ihren Job gar nicht als ungesichert wahr – ihnen fehlt der Vergleichsmaßstab. Hier ist Aufklärungsarbeit zu leisten: Was ist Leih-, was Zeitarbeit, wann ist ein Job befristet und wann zu schlecht bezahlt? Für junge prekär Beschäftigte macht die DGB-Jugend daher ganz konkrete Beratungsangebote – etwa beim Praktikum.

Die politischen Forderungen der DGB-Jugend umfassen bisher: die Reduzierung der Zeitarbeit, gleiche Bezahlung und Gleichbehandlung von Stammbeschäftigten und ZeitarbeitnehmerInnen, die Einschränkung von Minijobs, die Eindämmung befristeter Arbeitsverhältnisse und den gesetzlichen Anspruch auf Übernahme, wenn im Unternehmen Arbeitskräftebedarf besteht. Und nicht zuletzt: die Einführung gesetzlicher Mindestlöhne nicht unter 7,50 Euro pro Stunde.

Für den Herbst 2008 ist eine Jugendkonferenz zum Thema prekäre Beschäftigung geplant – dort werden Ergebnisse vorgestellt und Handlungsoptionen diskutiert. [S](#)

AFA-INITIATIVE 2008

Heiße Phase

Auch in der zweiten Hälfte des Jahres 2008 will die Initiative »Ausbildung für alle« (Afa) von DGB und Gewerkschaften Jugendlichen Gehör verschaffen und dem Ausbildungsplatzmangel ein Gesicht geben. Ein Ziel: Die Verankerung eines Rechts auf Ausbildung im Grundgesetz.

Schon 1980 stellte das Bundesverfassungsgericht fest, dass für ein auswahlfähiges Angebot die Zahl der angebotenen Ausbildungsstellen 12,5 Prozent über der Zahl der BewerberInnen liegen müsste. Davon ist man in Deutschland weit entfernt.

Berufschancen hängen immer stärker von einer guten Ausbildung ab. Ohne sie läuft heute nichts mehr. Gäbe es ein einklagbares Grundrecht auf Ausbildung, müsste allen jungen Menschen die Möglichkeit zu einer qualifizierenden Ausbildung gegeben werden. Und der Druck auf

Politik und Wirtschaft würde größer, endlich der Ausbildungspflicht nachzukommen. Mit dezentralen Aktionstagen wird die DGB-Jugend im Herbst 2008 darauf hinarbeiten. Ein Aktionshandbuch ist in Arbeit.

Ebenfalls im Herbst 2008 wird ein Workshop mit AusbildungsexpertInnen stattfinden – Thema: Ausbildungsreife. Die ist in der Debatte um die AltbewerberInnen und den Bildungsstand junger Leute immer wieder ein Thema, denn die Arbeitgeber behaupten seit Jahren, viele SchulabgängerInnen seien nicht in der Lage, eine Ausbildung zu beginnen. Eine genaue Analyse der Situation wird Ziel des Workshops sein – seine Ergebnisse werden in einem Forderungskatalog zusammengefasst.

72.500 Unterschriften sind im Zusammenhang mit »Ausbildung für alle« für die Einleitung einer Petition an den Bundestag gesammelt worden. Nun läuft das Petitionsverfahren. Es

soll mit Stellungnahmen und Aktionen begleitet werden. Derzeit wird die Petition geprüft. Bis Ende August 2008 haben die Ministerien Zeit, Stellungnahmen abzugeben. Dann wird es aller Voraussicht nach zu Anhörungen, auch der Petenten, kommen. Bis Dezember 2008 soll es ein Votum des Petitionsausschusses an den Bundestag geben. [S](#)

www.ausbildung-fuer-alle.de



Stau für Ausbildung statt Ausbildungstau –
Aktion der ver.di Jugend, Sommer 2008

Wenn die Prüfung naht...

Terminpläne, Lernmethoden, Nachhilfe: Azubis sollten mit der Vorbereitung auf die Abschlussprüfung früh beginnen – der Zeitaufwand kann immens sein.

Erste Übersicht

Einen ersten Überblick über den Prüfungsstoff können sich Azubis verschaffen, indem sie ihren Ausbildungsrahmenplan genau lesen – hier sind die Lernziele für ihren Ausbildungsberuf definiert. Außerdem sollten sie einen konzentrierten Blick in die Prüfungsordnung werfen, die Teil der Ausbildungsordnung ist. Hier steht genau drin, was geprüft wird. Und auch, wie die Prüfungen ins Gewicht fallen. Dies kann bei der Vorbereitung ein entscheidender Faktor sein: Wichtige Prüfungen sollten mit mehr Zeitaufwand vorbereitet werden, manche Aspekte der Ausbildung spielen in der Abschlussprüfung keine Rolle.

Um einen guten Überblick darüber zu bekommen, was auf sie zukommt, sollten Azubis sich im nächsten Schritt alte Prüfungsaufgaben besorgen und durchsehen. Hier kann der Azubi sehen, welche Prüfungsformen und Aufgabenarten angewendet werden: Was wird mündlich, praktisch oder schriftlich geprüft? Kann der Azubi mit Multiple-Choice-Fragen rechnen oder muss er frei formulieren?

Zunächst sollte ein grober Lernplan erstellt werden. Der Lernplan umfasst mehrere Aspekte:

Zeitplan

Hier sollte der Azubi genau festlegen, an welchen Tagen oder Wochen er sich welchem Fach widmet.

Lernmethode

Es macht außerdem Sinn, sich von Anfang an Gedanken über eine geeignete Lernmethode

zu machen (siehe Soli aktuell 1-2008) und sie den einzelnen Lernabschnitten zuzuordnen.

Dabei gilt grundsätzlich: Bei mündlichen Prüfungen sollte der Azubi von Anfang an laut lernen! Die Vorbereitung auf die praktische Prüfung muss größtenteils im Betrieb stattfinden. Hier kann der Azubi seinen Ausbilder um Hilfe bitten. Beim Lernen für die schriftliche Prüfung sollten unbedingt verschiedene Lernmethoden eingesetzt werden.

Prüfungstermine

Im Lernplan sollte der Azubi außerdem die Prüfungstermine vermerken. Jeweils einige Tage vor der eigentlichen Prüfung sollte er nicht verplanen: Diese Zeit ist für die letzten Vorbereitungen reserviert.

Tagesplan erstellen

Wenn der grobe Lernplan erstellt ist, hat der Azubi einen guten Überblick. Im nächsten Schritt sollte er sich Tagespläne erstellen. Hier wird genau vermerkt, welche Tageszeiten zum Lernen vorgesehen sind.

Erfolgserlebnis

Manche Menschen erledigen Schwieriges lieber gleich, andere schieben es auf. Optimal ist es in der Regel, wenn im Tagesplan leichtere und schwerere Lernabschnitte vermischt sind: So hat der Azubi jeden Tag ein Erfolgserlebnis.

Pausen

Pausen sind beim Lernen extrem wichtig. Eine kurze Pause sollte der Azubi jeweils schon nach 20 bis 30 Minuten einlegen: Strecken, etwas zu trinken holen oder ein paar Atemzüge frische Luft am offenen Fenster. Nach einer Stunde sollte eine Unterbrechung von zehn bis 15 Minuten erfolgen. Länger als drei bis vier Stunden am Stück sollte der Azubi auf keinen Fall lernen. Dann ist es Zeit für eine längere Pause von ein bis zwei Stunden. Auch sportliche Betätigung oder ein Mittagsschlaf sorgen für Regeneration.

Wiederholungen

In der Regel ist es optimal, den Stoff vom Vortag gleich am nächsten Morgen zu wiederholen.

Nachhilfe für Azubis

Manche Azubis haben mit dem konzentrierten Lernen Schwierigkeiten. Hier kann

es hilfreich sein, eine Lerngruppe zu gründen. Die Anwesenheit anderer kann dabei helfen, sich zu konzentrieren. Außerdem profitieren die Lernpartner untereinander von ihrem Wissen.

Wenn der Azubi allerdings merkt, dass er mit dem Stoff gravierende Probleme hat und auch die Schulnoten schlecht sind, ist es allerhöchste Zeit, sich um Nachhilfe zu kümmern. Kostenlose Nachhilfe bietet die Bundesagentur für Arbeit an: Azubis können hier einfach anrufen und nach »Ausbildungsbegleitenden Hilfen« fragen. Allerdings ist es

wenig sinnvoll, erst kurz vor der Prüfung mit Nachhilfe zu beginnen, da sich dann oft schon zu viele Defizite aufgebaut haben. Teilweise bieten auch die zuständigen Stellen Vorbereitungskurse für die Abschlussprüfungen an: Fragen kostet nichts!

Letzte Vorbereitungen

In den letzten Tagen vor der Prüfung sollte der Azubi noch einmal sein Gedächtnis auffrischen – um wirklich neue Inhalte zu erlernen, ist es jetzt eigentlich zu spät.


Schriftliche Prüfung

Es bietet sich an, vor der eigenen Prüfung alte Prüfungsaufgaben durchzuarbeiten, weil hier auch ein Gefühl für die Prüfungssituation entsteht. Aber nicht ausschließlich, da man davon ausgehen kann, dass der Stoff der Vorjahre eher nicht dran kommt! Zusätzlich sollte der Azubi noch einmal seine gesamten Aufzeichnungen und – im besten Fall – auch seine Lernstoffkartei durchgehen.

Mündliche Prüfung

Auch bei der mündlichen Prüfung kann es gut sein, sich mit alten Prüfungsaufgaben vorzubereiten. Die Antworten sollten aber auf jeden Fall laut gesprochen werden. Ideal ist es hier, mit einem Partner zu üben, der in die Rolle des Prüfers schlüpft und die Fragen stellt. Auch Rollenspiele oder Präsentationen können optimal mit Publikum vorbereitet werden.

Praktische Prüfung

Bei der Praktischen Prüfung kann es wichtig sein, letzte Fragen im Betrieb zu klären – und sich die wichtigen Arbeitsabläufe noch einmal zu vergegenwärtigen. 


*Literatur: Julia Müller u.a.: **Geschafft! Prüfungsvorbereitung für Azubis**, W. Bertelsmann-Verlag, Bielefeld 2007, 97 S., 9,90 Euro*



Termin bei Dr. Azubi.
Mit Julia Müller

SELBSTMANAGEMENT

Ganz wichtig: Belohnung

Wer erfolgreich gelernt hat, verdient eine Belohnung! Wir raten zu Süßigkeiten, dem Anschauen der Lieblingsserie oder einem Treffen mit Freunden – je nachdem, was der Azubi besonders gerne mag. Die größte Belohnung ist natürlich die bestandene Abschlussprüfung! 

Rechter Alltag

Bei der Kommunalwahl in Sachsen erhielt die NPD imens viele Stimmen. Erstmals sind die Rechtsextremen in jedem Kreistag vertreten. Wie es vor Ort ist, sagt Maik*, 26, Mitglied in der jungen GEW und PDM-Teamer aus Dresden.

In Sachsen hat die NPD bei den Kommunalwahlen in manchen Gemeinden hohe Wahlergebnisse erzielen können. Was bedeutet das rechtsextreme Übergewicht für engagierte Jugendliche?

Ich hatte schon mal Projektstage in Königstein, wo die NPD bei zehn Prozent liegt. Uwe Leichsenring, der frühere NPD-Vorsitzende, kam von dort. Er hat gesagt: »Wir reden nicht über Jugendarbeit, wir machen sie.«

Die NPD versucht an die Jugendlichen ranzukommen, indem sie etwa Fußballclubs mit T-Shirts ausgestattet. Über Parteien wie SPD oder Grüne wird sich eher lustig gemacht, weil die so schwach sind in diesen Regionen. Jugendlichen, die selbst was hochziehen wollen, werden eher Steine in den Weg gelegt. Dafür springt die NPD dann ein. Und wir haben Probleme: Man kann den Jugendlichen schlecht sagen, sucht euch einen Verein oder eine Organisation im demokratischen Spektrum, wenn es so etwas in der Region gar nicht gibt.

Sind Ergebnisse wie bei den Kommunalwahlen noch mit »Protestwahl« zu umschreiben?

Nein, hier hat sich eine Stammwählerschicht etabliert. In Reinhardtsdorf-Schöna erreicht die NPD 25 Prozent. Und zwar bei jeder Wahl.

Womit ist in der Zukunft zu rechnen?

Die NPD wird landesweit bei Wahlen über fünf Prozent liegen.

Die Rechten haben auch mit der Nationalisierung der sozialen Frage Erfolge. Wie können die Gewerkschaften gegensteuern?

Hohe Arbeitslosigkeit und andere soziale Missstände werden von der NPD ausgeschlachtet. Wir halten dagegen und fragen: Mit welchen Mitteln versucht die NPD die Menschen zu erreichen und wen schließt sie aus? Die schließt ganz viele Leute von vornherein auf der Basis ihrer Blut-und-Boden-Ideologie aus. Ihre ökonomischen Konzepte sind Humbug, damit wird es keinem Menschen besser gehen.

Wie zeigt sich rechte Kultur im Alltag?

Je weiter man in sächsische Kleinstädte

kommt oder auch in die Sächsische Schweiz, desto alltäglicher wird das rechte Outfit. Die meisten tragen Thor-Steinar-Klamotten und T-Shirts von Nazi-Bands. Einige tragen auch Buttons von den Autonomen Nationalisten. Aber Thor Steinar ist ganz klar der Renner.

Du bist Teamer und gehst in Schulen. Wie ist es, wenn in den Klassen Rechtsradikale sitzen?

Es gibt zwei unterschiedliche Typen: Die einen haben rechtsradikale Ansichten, aber sind nicht geschult. Sie lassen aber keinen Zweifel daran, aus welcher Richtung sie kommen. Bei den anderen merkt man, die haben irgendeine Anbindung an Ältere oder an Leute von der NPD. Die versuchen ganz gezielt, uns zu »widerlegen«. Sie werfen uns »Intoleranz« vor. Die klassische NPD-Argumentationshilfe sozusagen.

Was sagen andere Schüler bei den Diskussionen?

Es ist ganz selten, dass sich eine Klasse mit uns solidarisiert. Die übernehmen zwar nicht unbedingt radikale Positionen à la »Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg«. Sondern eher so: »Die Nazis haben schon recht, aber so radikal, wie die das formulieren, sagen wir das nicht.«



Alte Nazi-Klamotte: Thor-Steinar-Fummel

Foto: Mark Mühlhaus / atterzione

Was treibt dich an, in dieser Region weiterzumachen?

Ich finde die Projektstage sehr wichtig, weil dabei Menschen, die noch nicht zum rechtsextremen Mainstream gehören, Bestätigung erfahren – und merken, es gibt Leute, die denken auch so wie sie und machen sogar politische Arbeit. Das ist nicht sehr nachhaltig – man ist bloß einen Tag da und dann fährt man wieder. Aber man kann Kontakte knüpfen, vielleicht auch zu Organisationen in größeren Städten. Den schweigenden Rest darf man nicht vergessen.

Was müsste aus deiner Sicht geschehen?

Es passiert öfters, dass die gleichen Ideen, die im rechtsextremen Spektrum kursieren, von den Lehrern vertreten werden! Das ist dann natürlich für uns schwer. Die Lehrer müssten dringend weitergebildet werden!

*Name von der Redaktion geändert.

KURZ UND KLEIN

Aktivposten

DGB- und ver.di Jugend Baden-Württemberg organisieren ihr großes Schwulencamp: Vom 18. bis 24. Juli 2008 begeben sich daher bitte nach Markelfing am Bodensee.
www.schwulesommercamp.de

Dasselbe findet vom 16. bis 29. August 2008 das internationale Sommercamp der **DGB-Jugend** statt.
www.dgb-jugendcamp.de

Immer noch Baden-Württemberg: Von Ende August bis Oktober 2008 organisiert die **DGB-Jugend** eine HipHop-Veranstaltungsreihe in vier Städten. Dort treten dann auch bundesweit bekannte Künstler auf.
www.jugend-bw.dgb.de

Die **DGB-Jugend Sachsen** hat ihre neue Homepage freigeschaltet: »Wir sind endlich aus unserer Online-Lethargie herausgebrochen und haben uns wieder für die digitale Welt fit gemacht«, heißt es bei den Verantwortlichen.
www.dgb-jugend-sachsen.de

Schon seit einigen Jahren ist das Nachwuchsprojekt der **Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju)** in ver.di an Universitäten und Hochschulen aktiv – und unterstützt angehende JournalistInnen beim Berufseinstieg. Nun wurde die »dju-Hochschultour« ins Leben gerufen: ReferentInnen berichten in ihren Vorträgen über den besten Weg in den Journalismus. Die ver.di Jugend hat entsprechende KollegInnen in ganz Deutschland für diese Vorträge geschult. Wer möchte, dass seine Uni die nächste Station der dju-Hochschultour wird, schaue bitte auf www.dju-campus.de

Vom 25. bis 27. Juli 2008 führt die **ver.di Jugend** ein Organising-Forum mit Profis durch. Ort: Naumburg.

www.verdi-jugend.de

Neue gewerkschaftliche **Hochschulinformationsbüros (HIB)** gibt es in Heidelberg, Stuttgart, Reutlingen und Lüneburg.
www.hib-heidelberg.de, www.hib-stuttgart.de, www.hib-reutlingen.de, www.hib-lueneburg.de

WEBTIPP DES MONATS

Der DGB macht sich dafür stark, dass alle, die dies wollen, die Chance auf einen möglichst sicheren Arbeitsplatz mit Perspektive haben. Nicht nur die DGB-Tagung »Prekäre Beschäftigung – Herausforderung für Gewerkschaften und Politik« im September 2007 in Berlin hat gezeigt: Ungesicherte Beschäftigung ist keine Randerscheinung mehr. Neue Wege der Regulierung und Interessenvertretung sind dringend notwendig. Politik, Wirtschaft, Betriebsräte und Gewerkschaften müssen sich dieser Herausforderung stellen. Dazu bedarf es der Information. Mit dem neuen Internetportal »Ratgeber: Ungesicherte Jobs« rund um prekäre Beschäftigung reagiert der DGB auf die zahlreichen Anfragen zum Thema. Befristet, Minijob, Honorarkraft – was bin ich eigentlich? Hier kann man sich über die wichtigsten Aspekte der jeweiligen Beschäftigungsform informieren. Darüber hinaus finden sich jede Menge Links und Literaturtipps. www.ratgeber-ungesicherte-jobs.dgb.de

+ Achtung:

Auch in diesem Jahr hat der Verein »Mach meinen Kumpel nicht an!« e.V. unter dem Titel »Die gelbe Hand 2008« einen Wettbewerb ausgeschrieben. Es gilt, Beiträge gegen Rechtsextremismus und Rassismus zu entwickeln. Zu gewinnen gibt es Geld und schöne Dinge. Teilnehmen können junge Beschäftigte und alle Jugendlichen, die sich in einer beruflichen Ausbildung befinden.



Einsendeschluss: 31. Oktober 2008. »Mach meinen Kumpel nicht an!« e.V., Hans-Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 430 11 93, E-Mail: info@gelbehand.de, www.gelbehand.de

+ Wichtiges Seminar:

Ein völlig neu konzipiertes Qualifizierungsangebot für JugendbildungsreferentInnen bietet der DGB. Die Teilnehmenden erhalten das nötige Know-how und Techniken für ihre Arbeit und erweitern ihre Kenntnisse über die politischen Schwerpunkthemen des DGB. **24. bis 28. November 2008. DGB-Einstiegsseminar für JugendbildungsreferentInnen. IG Metall-Bildungsstätte Pichelsee, Berlin. Anmeldungen bei: E-Mail Kerstin.Baumgart@dgb.de, Tel.: 030 / 240 60 707**

+ Tor für Deutschland:

Kaum ist die eine vorbei, steht schon die nächste vor der Tür: Die Europameisterschaft für den Mindestlohn (EM) 2008 hat begonnen. Wer mitspielt, kann gewinnen – bei fünf Volltreffern winkt der Mindestlohn-Pokal 2008. Noch besser: das Spiel in die eigene Website integrieren. www.mindestlohn.de

IMPRESSUM

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Verantwortlich für den Inhalt:
 Ingrid Sehrbrock
Herausgeber:
 DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030 / 240 60 172, Fax: -409
E-Mail:
jkiontke@web.de
Internet:
www.dgb-jugend.de
Druck:
 PrintNetwork PN GmbH
Redaktion:
 Jürgen Kiontke
Grafik:
 Heiko von Schrenk
Aboverwaltung:
 Daniela Linke, Tel.: 030 / 240 60 166, E-Mail: daniela.linke@dgb.de
Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)
 Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.

HATTINGEN – SEMINARE

Gruppen moderieren: Wie fange ich an, wenn ich das erste Mal vor einer Seminargruppe stehe? Welche Methoden kann ich verwenden, um die Seminararbeit effektiv zu gestalten? Solche und andere Fragen sollen in diesem Seminar beantwortet werden. Man wird sich intensiv und praxisorientiert mit den wesentlichen Methoden beschäftigen. Die erfolgreiche Teilnahme am Seminar berechtigt in Verbindung mit einem Erste-Hilfe-Kurs zur Ausstellung der Juleica (JugendLeiterInnenCard). **6. bis 10. Oktober 2008. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen. Buchungscode: GLT 608268706**

Sitzungen leiten: Muss ich hier schon wieder zwei Stunden rumhängen, um dem Chef zu zeigen, was er für ein toller Typ ist? Was, ich bin selbst der Chef...? Ja, ja: Zwischen Aufwand und Ergebnisqualität von Sitzungen herrscht oft ein Widerspruch. Dieses hervorragende Seminar vermittelt das Handwerkszeug der Sitzungsleitung. Ein besonderes Kapitel: wie man mit schwierigen Patienten umgeht – »NörglerInnen, RechthaberInnen, VielrednerInnen, AussteigerInnen.« (DGB-Jugendbildungszentrum) Hier wird es darauf angekommen, gerechte Methoden der Arbeitsverteilung kennenzulernen, von denen es, soviel sei verraten, »harte« und »weiche« gibt. **24. bis 26. Oktober 2008. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen. Buchungscode: SIM 608268711. Anmeldungen: www.dgb-jugendbildung.de**

Abo-Coupon

ausschneiden und im Fensterumschlag an die untenstehende Anschrift schicken.

An den
**DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend
 Soli aktuell
 Henriette-Herz-Platz 2
 10178 Berlin**



Ich möchte monatlich Exemplar(e) bestellen.

vorname	name
organisation	funktion
straße	nummer
plz	ort
unterschrift	